

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Mehr Aufmerksamkeit für Südamerika

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1961) : Mehr Aufmerksamkeit für Südamerika, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 1, pp. 11-14

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133072>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mehr Aufmerksamkeit für Südamerika

Deutsche Hilfe für Lateinamerika muß verstärkt werden!

Jahre hindurch galt bei uns das gute Funktionieren der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Lateinamerika mehr oder minder als eine Selbstverständlichkeit. Wir waren gewohnt, daß sich der Außenhandel der Bundesrepublik mit diesem Gebiet günstig entwickelte, daß die deutschen Investitionen in den einzelnen lateinamerikanischen Ländern — insbesondere in Brasilien und Argentinien — beständig zunahmen und daß sich die gegenseitigen Verflechtungen auf der soliden Grundlage alter Tradition in jeder Hinsicht immer enger gestalteten. Der Außenhandel mit Lateinamerika ist in absoluten Zahlen von Jahr zu Jahr angestiegen. Prozentual hat sich allerdings der Anteil der Aus- und Einfuhr nach bzw. aus Lateinamerika am Gesamtaußenhandel der Bundesrepublik ein wenig verschlechtert. Dafür war der Anteil Süd- und Mittelamerikas an den privaten deutschen Direktinvestitionen im Ausland in der Zeit von 1952 bis 1959 mit über 28% bemerkenswert hoch. Das wachsende deutsche Interesse an dieser Kooperation erklärt sich aus der Kenntnis der bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten, der Beobachtung der tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte in Lateinamerika und aus der Einsicht in die gesinnungsmäßige Zugehörigkeit dieser Völker, deren Rechtsempfinden und politische Erfahrung der unseren nahe verwandt sind, zur westlichen Welt. Die bekannten Wachstumsschwierigkeiten, die in den einzelnen süd- und mittelamerikanischen Ländern mit gradweise sehr unterschiedlicher Stärke auftreten, konnten das Vertrauen in den unbestreitbaren Aufschwung und in seine Zuverlässigkeit nicht beeinträchtigen.

Radikalisierung der Massen

Nun sind im letzten Jahr mit den Ereignissen in Kuba und Venezuela neue Momente in Erscheinung getreten, die vor allem

die Öffentlichkeit in den USA stark beschäftigen und bereits eine Umorientierung der Einstellung der Regierung der USA gegenüber Lateinamerika verursacht haben. Diese Vorgänge sind gewiß nicht geeignet, das deutsche Interesse am lateinamerikanischen Raum herabzumindern; sie zwingen im Gegenteil dazu, die Zusammenarbeit zu intensivieren. Freilich werden über die kommerziell-privatwirtschaftlichen Leistungen hinaus nunmehr auch die Bemühungen auf staatlicher Ebene erhöht werden müssen, zumal die jetzt auf die deutschen Exporteure und Investoren zukommenden Risiken in noch stärkerem Maße als früher politischer Art sein werden.

Mittel- und Südamerika sind auch in früheren Jahren keine ruhigen Gebiete gewesen. Politische Unruhen waren an der Tagesordnung. In den meisten Fällen handelte es sich hierbei aber um personell bedingte Änderungen in der Führung des betreffenden Landes. Die jetzigen Ereignisse greifen tiefer. Drei Probleme sind besonders zu beachten: die zunehmende soziale Unruhe und Radikalisierung, die Verschärfung der auf „Unabhängigkeit“ abzielenden nationalistischen Tendenzen und die verstärkten Bemühungen des Ostblocks um die Ausnutzung der vorhandenen sozialen und wirtschaftlichen Spannungen.

Verstärkung des deutschen Interesses

Die Ungeduld wächst in allen lateinamerikanischen Ländern in dem Maße, in dem die Übergangs- und Entwicklungsschwierigkeiten ernster werden. Gerade zu diesem Zeitpunkt kommt es entscheidend darauf an, daß diesen uns seit langem befreundeten Ländern im Rahmen der Entwicklungshilfe jede denkbare Unterstützung zuteil wird, daß die deutschen Kapitalinvestitionen gerade in den lateinamerikanischen Ländern mit allen Mitteln gefördert werden und daß die

kommerziell-privatwirtschaftlichen Leistungen auf der Ausfuhr- und Einfuhrseite nicht behindert, sondern in jeder Weise ausgebaut werden.

In Kuba ist den Gegnern der westlichen Welt bisher nur ein punkartiger Einbruch gelungen. Seine Ausstrahlung zu neutralisieren, kann nicht allein Sache der USA sein. Hier muß auch die Bundesrepublik Deutschland eintreten. Wenn von seiten der Bundesrepublik Lateinamerika jetzt in irgendeiner Weise benachteiligt würde, dann würde die bisher so glückliche Zusammenarbeit in einem äußerst empfindlichen Punkt getroffen werden. Bewährte Freundschaften dürfen nicht aufgegeben werden, wenn dunkle Wolken am Himmel erscheinen. Aber davon abgesehen, muß auch ganz nüchtern darauf hingewiesen werden, daß von deutscher Seite bereits viel zu hohe Werte in Lateinamerika und im Lateinamerika-Geschäft investiert worden sind, als daß ein derartiges Kapital aufs Spiel gesetzt werden dürfte und als daß die bestehenden Verbindungen anderen überlassen werden dürften. Darum sollte bei allen Überlegungen über die Schwerpunktbildung bei der Entwicklungshilfe sehr wohl bedacht werden, was gerade in Lateinamerika durch Unterlassungen und Diskriminierungen in Verlust geraten könnte.

Die Zeit drängt

Die Zeit drängt. Die Vorgänge in Kuba und ihre Auswirkungen haben blitzartig deutlich werden lassen, was Kenner der Verhältnisse schon längst wußten: daß alte Rezepte nicht mehr verfangen; daß größerer Wohlstand bestimmter Bevölkerungskreise über die Radikalisierung sozial weniger begünstigter Schichten und über die große versteckte und offene Arbeitslosigkeit täuschen kann; daß Stabilisierung nicht gleichbedeutend mit Entwicklung ist, sondern leicht zur Stagnation führt; daß die alte „Arbeitsteilung“ zwischen Rohstoff- und Industrieländern in

einer grundlegenden Wandlung begriffen ist und daß das gewaltige Bevölkerungswachstum und die hiermit notwendig verbundene Industrialisierung gerade in Lateinamerika die Mobilisierung neuer Mittel und Methoden erzwingen.

Eine ganze Anzahl der 20 lateinamerikanischen Länder, so z. B. Bolivien, Ekuador, Haiti, Nicaragua, Paraguay, gehört im Sinne der UNO zu der Gruppe der „unterentwickelten“ Gebiete, in denen das Nationaleinkommen pro Kopf der Bevölkerung unter 200 US-\$ liegt. Aber auch in den Staaten, die bereits nennenswerte Fortschritte in der Industrialisierung oder vorteilhafte Exportergebnisse aufzuweisen haben — wie Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Kuba (mindestens bis 1959), Costa Rica, Venezuela —, erreichte das Pro-Kopf-Einkommen bis heute nicht annähernd die Höhe wie in Nordamerika oder Westeuropa. Vor allem fehlen diesen Ländern noch der kaufkräftige Binnenmarkt und die Ausgeglichenheit des Sozial- und Wirtschaftsgefüges, die weiter fortgeschrittene Industriestaaten auszeichnen. Daß die lateinamerikanischen Länder zu den Ent-

wicklungsgebieten gehören und daß die deutsche Entwicklungshilfe dort dringend benötigt wird, kann also keinem Zweifel unterliegen.

Notwendigkeit der Entwicklungshilfe

Die bekannte Forderung, daß die Entwicklungsländer zunächst einmal „ihr eigenes Haus in Ordnung bringen sollen“, bevor sie fremde Hilfe in Anspruch nehmen, ist in Lateinamerika während der letzten Jahre im Rahmen des Möglichen weitgehend erfüllt worden. Die Anstrengungen und Erfolge in Argentinien, Chile, Kolumbien und Peru sind nicht zu übersehen. Jeder, der einigermaßen die Verhältnisse kennt, weiß aber nur allzu genau, wie stark die Sanierung und die Konsolidierung von innen gefährdet sind und wie dringend diese um neue Lebensformen ringenden Länder der Hilfe des Auslandes bedürfen, um das so aussichtsreich begonnene Werk vollenden zu können. Hier muß die Entwicklungshilfe einsetzen. Hier kann sie sich auf gut vorbereitetem Boden auswirken. Hier darf sie nicht versagt werden, wenn nicht lebenswichtige Positionen verloren werden sollen. (ch)

Keine Regionalisierung der Entwicklungspolitik!

Es ist eine der bittersten Erfahrungen der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gewesen, daß der Ruf nach multilateralem Handel und freier weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung dadurch zum Schlagwort degradiert wurde, daß er besonders laut und eindringlich immer dann ertönte, wenn man in verstärktem Maße der Autarkie, dem Protektionismus und dem Bilateralismus huldigte. In den letzten Jahren ist es in unendlicher Mühe gelungen, Schritt für Schritt die in jener Zeit errichteten künstlichen Schranken im internationalen Handel wieder abzubauen, um damit den Grundsätzen einer freiheitlichen Weltwirtschaftsordnung Durchbruch zu verschaffen.

Schwerpunktbildung gefährdet freien Warenaustausch

Um so mehr überrascht es, daß nunmehr auf einem Gebiet der außenwirtschaftlichen Beziehungen,

das wie kein anderes seine Zielsetzung in der Beseitigung weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte durch freien Warenaustausch findet, nämlich auf dem Gebiet der Entwicklungspolitik, ein Gedanke an Boden gewinnt, der im Fall seiner Verwirklichung einen Rückschritt gegenüber dem bisher Erreichten darstellen würde: die Idee, die zu leistende Entwicklungshilfe nach Dringlichkeitsstufen und Schwerpunkten regional zu differenzieren. Dies könnte etwa so aussehen: Die USA würden Schwerpunkte der finanziellen Hilfeleistung in Lateinamerika, Westeuropa dagegen in Afrika und im Nahen Osten bilden.

Bei näherer Betrachtung dieses Vorgehens wird man erkennen, daß ein solches Bestreben eine Neuorientierung der Handels- und Währungspolitik und damit eine künstliche Umlenkung der auf

Grund des natürlichen Preis-Kostengefälles fließenden Warenströme zur Folge haben muß. Denn es ist eine ökonomische Binsenwahrheit, daß die zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern fließenden Kapitalströme ihrerseits Güterbewegungen induzieren und daß eine Intensivierung der Kapitalbewegungen zwischen diesen Ländern ihrerseits eine Verstärkung der Warenströme zur Folge hat; dies allein schon deswegen, weil Überschußposten in der Leistungsbilanz mit einzelnen Partnern — dies betrifft vor allem die Bundesrepublik — durch Kapitalexporte ausgeglichen werden müssen. Es würden also alte traditionelle und sehr gute Handelsbeziehungen der Bundesrepublik zu einer Reihe von Handelspartnern auf dem lateinamerikanischen Kontinent zugunsten neuer, künstlich geschaffener verkümmern, zumindest jedoch vernachlässigt werden, wenn man sich entschliesse, Lateinamerika aus der deutschen Entwicklungshilfe auszuklammern.

Entwicklungshilfe muß beweglich bleiben!

Die ökonomische Logik ist es jedoch nicht allein, die gebietet, Abstand von jeder Aufstellung von Länderkatalogen bei der Entwicklungshilfe zu nehmen. Wer die Entwicklungshilfe als Teilbereich der Entwicklungspolitik ansieht und diese begreift als die Gesamtheit unserer wirtschaftlichen, technischen, politischen und kulturellen Beziehungen zu den Ländern, die heute noch nicht den Stand der Industrieländer erreicht haben, wird erkennen, daß es die Aufgabe einer solchen Entwicklungspolitik sein muß, beweglich zu bleiben und ihren Einsatz dort zu forcieren, wo die Notwendigkeiten es gebieten.

Was heute in dem überbevölkerten Indien ein dringendes Erfordernis ist, kann morgen schon zur zwingenden Notwendigkeit bei der Entstehung von Produktionsengpässen in Peru werden. Ob es die halb-industrialisierten Staaten Mexiko, Argentinien oder Brasilien oder die Rohstoffproduzenten Ghana, Nigeria, Burma oder die Philippinen sein mögen, sie alle befin-

den sich als „Entwicklungsländer“ in einem „circulus vitiosus“, den der Nationalökonom Ragnar Nurkse mit dem klassischen Wort gekennzeichnet hat: „A country is poor, because it is poor“.

Sachliche Abgrenzung der Entwicklungskriterien

Selbstverständlich setzen vernünftige Entwicklungspolitik und finanzielle Hilfeleistung für die als „Entwicklungsländer“ gekennzeichneten Volkswirtschaften eine sachliche Abgrenzung dieser Länder gegenüber den entwickelten Volkswirtschaften voraus. Es gibt eine Reihe von Entwicklungskriterien; so verschiedenartig aber die Probleme in den Entwicklungsländern sein mögen, jedes von ihnen weist mindestens ein oder eine Kombination mehrerer der im folgenden genannten Merkmale auf: hoher Anteil der Primärprodukte, starkes Bevölkerungswachstum, unvollständig genutzte, immobile Produktionsfaktoren, mangelhaftes ökonomisch-rationales Verhalten der Bevölkerung, geringes Pro-Kopf-Einkommen, geringer Kapitaleinsatz, hohe Auslandsabhängigkeit und Engpässe in den Binnenwirtschaften mit inflationistischen Folgeerscheinungen. Es gibt zum Beispiel auf dem lateinamerikanischen Kontinent kein Land, das nicht eine hohe Auslandsabhängigkeit aufweist. Die Wirkungen dieser Abhängigkeit auf die Binnenwirtschaften bilden einen wesentlichen Ansatzpunkt für die Entwicklungspolitik.

Es sind daher beim besten Willen weder sachliche noch taktische Gründe dafür aufzufindig zu machen, die für eine Ausklammerung bestimmter Staaten aus der Gruppe der Entwicklungsländer oder für eine regionale Differenzierung der Entwicklungspolitik sprechen. Der Bundesrepublik sind die besten

Argumente gegen eine „Regionalisierung“, jedoch für eine „Globalisierung“ der Entwicklungspolitik an Hand gegeben: Sie kann sich berufen auf eine Vergangenheit politisch wertfreier Beziehun-

gen zu den heutigen Entwicklungsländern. Diese Freiheit von jeder ländermäßig einseitigen Bindung darf auch für die zukünftig großen Aufgaben der Entwicklungspolitik gefordert werden. (L.)

Neue Konzeption der USA-Hilfe?

New York, 3. Januar 1961

Als der Vizepräsident der Eisenhower-Verwaltung, Richard M. Nixon, im Jahre 1958 von seiner fehlgeschlagenen „goodwill“-Mission nach Lateinamerika zurückgekehrt war, mehrten sich in den USA die Stimmen, die eine drastische Modifizierung der Auslandshilfepolitik gegenüber den iberamerikanischen Republiken als Dringlichkeitsmaßnahme forderten. Gleichzeitig wurde an der seinerzeitigen Politik, die Hilfeleistung an einige individuelle Staaten wie Indien, Pakistan, Formosa, Korea, Vietnam und Laos zu vergeben, scharfe Kritik geübt. In der Tat beliefen sich in der am 1. Januar 1960 abgelaufenen Dekade die Beträge, die die USA den Ländern der südlichen Hemisphäre zur Verfügung gestellt hatten, auf nur 776,8 Mill. \$, davon 431 Mill. \$ für militärische und 345,8 Mill. \$ für wirtschaftliche Zwecke. Nimmt man für die gleiche Periode den durchschnittlichen Jahresbetrag der amerikanischen Auslandshilfe mit 4 Mrd. \$ an, d. h. 40 Mrd. \$ innerhalb von 10 Jahren, stellte sich der an die lateinamerikanischen Republiken gewährte Anteil lediglich auf weniger als 2%.

Schwergewicht auf privaten Investitionen

Die enthusiastischen Berichte, die über die Lateinamerika-Reise Präsident Eisenhowers Anfang 1960 in der in- und ausländischen Presse veröffentlicht wurden, führten zu

der irrigen Auffassung, daß auf ministerieller Ebene hinsichtlich der Auslandshilfe an die iberamerikanischen Republiken ein echter Gesinnungswandel eingetreten sei. Das Gegenteil war der Fall. Das US Department of State zögerte nicht, zu betonen, daß die Zusagen Präsident Eisenhowers nur in äußerst loser Form abgegeben wurden und keine endgültigen Zuwendungs- oder Kreditbeträge erwählten.

Die amtlichen Kreise in den USA hielten an ihrem Standpunkt fest, daß den Kreditwünschen der iberamerikanischen Länder nur zu einem geringen Teil durch Bereitstellung staatlicher Mittel entsprochen werden könne und daß das Schwergewicht noch mehr als bisher bei privatwirtschaftlichen Investitionen liegen müsse. Soweit eine amtliche Unterstützung in Aussicht genommen wurde, sollte sie über die neugegründete „Inter-American Development Bank“ geleitet werden, an der sich die USA maßgebend beteiligt hatten.

Bei diesen Überlegungen, die davon ausgingen, daß die Ersetzung privatwirtschaftlicher Investitionen durch Regierungsbeihilfen neue unerfreuliche Probleme kreieren könnte, wurde völlig außer acht gelassen, daß diese Kapitalanlagen in Iberoamerika per 1. Januar 1960 bereits 9,5 Mrd. \$ erreicht hatten.

Trotz der erheblichen privatwirtschaftlichen Aufwendungen der USA und der Bereitwilligkeit der

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
30 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Industrie, diese Anlagen zu intensivieren, trat eine Stockung schon aus der Befürchtung heraus ein, daß sich angesichts des Fehlens einer wirtschaftlichen und politischen Stabilität in vielen iberamerikanischen Staaten ein ähnlicher Trend entwickeln könnte, wie dies in Kuba der Fall war. Hinzu kam als nachteiliger Faktor die Tatsache, daß vielfach von seiten Lateinamerikas der Errichtung von US-Tochtergesellschaften mit Skepsis und Mißtrauen begegnet wurde. An dieser Haltung wurde auch durch die Feststellung wenig geändert, daß die Regierungen der iberamerikanischen Republiken 15% aller Erträge der dortigen US-Gesellschaften erhielten und Steuerzahlungen an die betreffenden Regierungen ungefähr das Doppelte dessen betragen, was an Gewinnen nach den USA repatriiert wurde.

Die Notwendigkeit staatlicher Intervention

Es war dem Unterstaatssekretär Dillon, und dem Stellv. Staatssekretär für inter-amerikanische Angelegenheiten Thomas C. Mann zu verdanken, daß in amtlichen Kreisen der USA allmählich die Erkenntnis reifte, daß eine staatliche Intervention erforderlich sein würde, wenn die freundschaftlichen Beziehungen zu Lateinamerika und die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit dieser Republiken aufrechterhalten bleiben sollten. Außerdem wurden immer stärkere Bedenken über die Exportschrumpungen der USA nach Lateinamerika zum Ausdruck gebracht, die im Jahre 1960 gegenüber einem Hochstand von 4,7 Mrd. \$ im Jahre 1959 auf weniger als 3,5 Mrd. \$ zurückgegangen waren. Diese Feststellungen resultierten in den Vorschlägen, die der Konferenz der Wirtschaftsminister der 21 iberamerikanischen Republiken, die am 5. September 1960 in Bogotá, Kolumbien, stattfand, unterbreitet wurden. Als äußeres Zeichen der Gesinnungsänderung der amerikanischen Regierung wurde der unter heftigen Angriffen stehende Stellv. Staatssekretär für inter-amerikanische Angelegenheiten Roy R. Rubottom jun. durch Thomas C. Mann ersetzt.

In Bogotá wurde seitens der lateinamerikanischen Wirtschaftsminister zwar der Vorschlag der USA begrüßt, jedoch wurde eindeutig zu erkennen gegeben, daß die angebotenen Mittel in keiner Weise ausreichten, um die Wirtschaft dieser Länder auch nur annähernd zu stabilisieren. In diesem Zusammenhang wurde wiederholt auf die unter der Bezeichnung „Operación Pan-America“ gemachten Planungen des vormaligen brasilianischen Präsidenten Kubitschek hingewiesen ebenso wie auf eine Ansprache, die der Präsident der Republik Kolumbien, Alberto Lleras Camargo, anlässlich eines Staatsbesuches in den USA im April 1960 vor den beiden Häusern des amerikanischen Kongresses gehalten hatte. Beide Staatsmänner hatten für eine kontinuierliche Hilfeleistung plädiert.

Dillons Hilfeleistungsprogramm

Immerhin wurde von Präsident Eisenhower als Folgeerscheinung der Konferenz in Bogotá im Herbst 1960 bei dem Kongreß die Ermächtigung für ein langfristiges Hilfeleistungsprogramm an die iberamerikanischen Republiken nachgesucht, wobei zunächst ein Betrag von 500 Mill. \$ gefordert wurde, zusätzlich von 100 Mill. \$ für den Wiederaufbau der vom Erdbeben zerstörten Gebiete Chiles. Die Gesetzgeber erteilten zwar die gewünschte Ermächtigung, unterließen es jedoch, die Mittel endgültig zuzuteilen. Das „Senate Foreign Relations Committee“ erklärte im Rahmen einer Vernehmung des derzeitigen Unterstaatssekretärs Douglas Dillon, daß die Mittel für den sozialen Aufbau der noch im Entwicklungsstadium befindlichen Republiken unzureichend seien und daß die Aktion als solche zu spät käme. Senator Frank Church unterstellte u. a., daß ein iberamerikanischer Marshall-Plan aufgestellt werden müsse, wenn es den USA wirklich ernstlich darum zu tun sei, die sozialen Bedingungen in Iberoamerika zu verbessern. Hierfür würde ein Betrag von mindestens 10 Mrd. \$ — verteilt über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren — erforderlich werden. Dillon umriß das Hilfeleistungsprogramm der USA wie folgt:

1. Unter der Voraussetzung, daß Iberoamerika gewillt sei, von sich aus den wirtschaftlichen Fortschritt zu fördern, seien die USA ihrerseits bereit, sowohl mit Kapital wie auch mit Dienstleistungen in die Bresche zu springen. Als „conditio sine qua non“ wurde die Durchführung umfassender Steuer- und Landreformen in Lateinamerika betont.
2. Die USA seien sich der Tatsache bewußt, daß über die ursprüngliche Gewährung einer Beihilfe von 500 Mill. \$ hinaus zusätzliche Mittel erforderlich werden würden, die jedoch nur entsprechend den erzielten Fortschritten zur Verfügung zu stellen wären.
3. Die zunächst zur Auszahlung gelangenden Summen sollen der landwirtschaftlichen Ansiedelung, der nutzbringenden Verwertung von Land, dem Wohnungsbau, der technischen und wissenschaftlichen Ausbildung sowie der Errichtung von Trinkwasser- und Kanalisationsanlagen dienen.

Die endgültige Annahme des Dillon-Vorschlages erfolgte trotz der beträchtlichen Opposition schon aus dem Grunde, weil keine andere und bessere Planung vorlag.

Gesinnungswandel durch Kennedy?

Der neue amerikanische Präsident, John F. Kennedy, hat wiederholt zu verstehen gegeben, daß Lateinamerika zu den Gebieten gehöre, die bei der Zuteilung der Auslandshilfemittel Priorität verdienen. Er beabsichtige außer der finanziellen Unterstützung ein ausgewähltes Korps von Lehrkräften, Technikern und qualifizierten Arbeitern nach Lateinamerika zu entsenden, um auch auf diese Weise das Interesse der amerikanischen Regierung an der Entwicklung dieser Länder zu unterstreichen. Von seiten lateinamerikanischer Diplomaten in Washington wurde erklärt, daß in der Haltung der amerikanischen Delegation auf der Konferenz von Bogotá ein guter Beginn für ein besseres Verständnis erblickt worden sei. Die Ernennung von Unterstaatssekretär Douglas Dillon zum Schatzsekretär und die Wahl eines in lateinamerikanischen Fragen bewanderten neuen Stellv. Staatssekretärs für internationale Angelegenheiten lasse die berechtigte Hoffnung aufkommen, daß sich im Zeichen der neuen Kennedy-Verwaltung ein echter Gesinnungswandel gegenüber den iberamerikanischen Republiken zeigen werde. (E. B.)